



Newsletter *Arbeit, Wirtschaft und Häfen*, Ausgabe 9, 12.02.2010

Jobcenter-Streit endlich beendet

Missbrauch von Leiharbeit rasch unterbinden

Musical-Theater: Kündigung des Mietvertrages spart Stadt viel Geld

Neues Bildungsurlaubsgesetz auf den Weg gebracht

Mittelstandsförderung auf gutem Weg

Veranstaltung „Bundesverfassungsgericht und die Grundsicherung“ am 16. Februar

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Newsletter halten wir Sie über unsere politische Arbeit auf dem Laufenden. Aufgrund von häufiger auftretenden Problemen bei der Lesbarkeit des Newsletters haben wir uns entschieden, ihn künftig in dieser „einfachen“ Form zu verschicken. Zur gestalteten Version können Sie jederzeit über den jeweils angehängten Link gelangen.

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Jobcenter-Streit endlich beendet

In den letzten Tagen hat die Presse ausführlich darüber berichtet: die CDU hat auf Bundesebene einen Sinneswandel vorgenommen und sich mit der SPD auf eine gemeinsame Linie zur Zukunft der Jobcenter geeinigt. Silvia Schön: „Endlich ist die Bundesregierung zur Besinnung gekommen. Wir Grüne haben von Anfang darauf gedrängt, die ‚Hilfen aus einer Hand‘ durch eine Grundgesetzänderung weiter zu ermöglichen. Die

betroffenen Menschen brauchen gerade in der Wirtschaftskrise schnelle und verlässliche Hilfe. Schwarz-Gelb hat wichtige Zeit verplempert. Immerhin hat die Bundesregierung noch gemerkt, dass es um die Arbeitslosen geht und nicht um ihre Ideologie. Sie hatte selbst im eigenen Lager keinen Rückhalt für ihren unverantwortlichen Plan, die ‚Hilfen aus einer Hand‘ zu zerschlagen. Die notwendige Verfassungsänderung für die Jobcenter muss jetzt umgehend auf den Weg gebracht werden. Die Zusammenarbeit von Kommunen und Arbeitsagentur bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen muss bis Jahresende auf sicherem Fundament stehen. Auch die verunsicherten Beschäftigten der Jobcenter brauchen rasch eine klare Perspektive.“

Dass nun auch die CDU einer Grundgesetzänderung positiv gegenüber steht, ist sicherlich zu großen Teilen dem Druck zu verdanken, der aus den Bundesländern aufgebaut wurde. Immer mehr Landeseregierungen hatten gefordert, mit einer Grundgesetzänderung die Betreuung von Langzeitarbeitslosen aus einer Hand sicherzustellen.

Auch wir haben uns seit dem Bundesverfassungsgerichtsurteil Ende 2007 dem Thema parlamentarisch und fachlich gewidmet. Anfang Juni 2008 reichten wir gemeinsam mit der SPD einen Dringlichkeitsantrag zur Zukunft der Grundsicherung für Arbeitssuchende in die Bürgerschaft ein: http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/236/236599.antrag_die_zukunft_der_grundsicherung_fu.pdf.

Im gleichen Monat führten wir ein öffentliches Fachgespräch „Wie weiter mit den ArGen – Zukunft der Trägerstrukturen im SGB II nach den BVG-Urteil“ durch. Auch in der Deputation für Arbeit stand die Zukunft der Jobcenter in den letzten Monaten so gut wie auf jeder Tagesordnung, da die Verwaltung regelmäßig über den aktuellen Stand berichtet hat.

Heute sollte im Bundesrat ein Antrag der Länder Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen behandelt werden, der das Grundgesetz so ändern will, dass die bewährte Zusammenarbeit von Bund und Ländern in den Jobcentern verfassungsgemäß würde. Die Behandlung der Initiative ist nun aufgrund der aktuellen Entwicklungen verschoben worden.

Missbrauch von Leiharbeit rasch unterbinden

„CDU und FDP wollen den Missbrauch von Leiharbeit offenbar nicht wirksam und schnell unterbinden. Schwarz-Gelb schaut dem Lohndumping tatenlos zu und schert sich nicht um Menschen, die trotz Vollzeittätigkeit ihren Lebensunterhalt nicht finanzieren können“, kommentiert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön die heutige Nichtentscheidung einer Bundesratsinitiative von Bremen und Rheinland-Pfalz gegen den Missbrauch von Leiharbeit. Der Entschließungsantrag sieht u.a. vor, die Lücken im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz zu schließen. Zudem soll der Bund sicherstellen, dass für LeiharbeiterInnen nach einer kurzen Einarbeitungszeit der Grundsatz ‚Gleiche Arbeit – Gleicher Lohn‘ ohne Ausnahme gilt. Mit einer Großen Anfrage wollen die Grünen jetzt genau wissen, wie groß das Problem von Leiharbeit in Bremen und Bremerhaven ist.

„Leiharbeit ist ein sinnvolles Instrument, wenn sie der kurzfristigen Bewältigung von Auftragsspitzen dient. Stattdessen wird diese Regelung aber immer mehr für strategische Unternehmensentscheidungen genutzt, wie der Fall Schlecker deutlich macht. Mittlerweile gründen Unternehmen offenbar eigene Leiharbeitsfirmen, in die sie Teile ihrer

Stammebelegschaft zu deutlich schlechteren Bedingungen überführen. Das ist für uns Tariffucht und gefährdet den sozialen Frieden. Unternehmen dürfen die Wirtschaftskrise nicht als Vorwand für Sozialdumping missbrauchen. Wenn Menschen trotz Arbeit ergänzend auf staatliche Leistungen angewiesen sind, machen Unternehmen ihre Lohnkosten faktisch zu Gemeinkosten. Das muss unterbunden werden“, betont Silvia Schön.

Die aktuellen Probleme von Leiharbeit im Land Bremen wollen die Grünen nun mit einer Großen Anfrage beleuchten. „Wir wollen u.a. wissen, wie viele LeiharbeitnehmerInnen es in Bremen gibt und wie viele Unregelmäßigkeiten bei der Überprüfung von Zeitarbeitsfirmen festgestellt worden sind. Uns interessiert, welche Unternehmen hier eigene Leiharbeitsfirmen betreiben. Wir wollen wissen, welche Unternehmen ihre Stammebelegschaft zu Gunsten von Leiharbeit abbauen. Nicht zuletzt wollen wir vom Senat erfahren, welche Möglichkeiten bestehen, diese Entwicklung auf Landesebene zu unterbinden oder mindestens zu erschweren“, so Silvia Schön.

Die Große Anfrage findet sich als PDF im Anhang.

Mittelstandsförderung auf gutem Weg

Der in der letzten Wirtschaftsdeputation vorgelegte, erste Bremer Mittelstandsbericht 2009 gibt einen tiefen Einblick in die Situation des bremischen Mittelstandes.

Wesentliche Ergebnisse aus grüner Sicht sind: Die Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung Bremen hat zu einer modernen, nutzerorientierten Struktur geführt, die die notwendige Flexibilität im Instrumentenkasten schafft. Besonders hat sich der Umbau der Fördermittel von reiner Zuschussförderung auf Darlehensbasis bewährt, die zu mehr Liquidität in den Förderprogrammen geführt hat, so dass einerseits mehr Unternehmen unterstützt werden können und konnten und andererseits die Fördersummen an sich größer geworden sind.

Unternehmerinnen und Unternehmer akzeptieren mehr und mehr, dass eine nachhaltige, ressourcenschonende, flexible und in Zukunft auch verstärkt revolvingende Wirtschaftsförderung in eine moderne Wirtschaftslandschaft gut hineinpasst. Betrachtet man die weiteren Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, wird allerdings deutlich, dass das Instrumentarium der Bremer Aufbau Bank weiter und schneller entwickelt werden muss. Dort, wo Kunde und Hausbank nicht zusammenfinden, sind tragfähige Konzepte erforderlich, mit denen schnell und zielgerecht weitergearbeitet werden kann.

Außerdem hat sich gezeigt, dass die Dienstleistungen der Wirtschaftsförderung Bremen noch unternehmensfreundlicher gestaltet werden müssen. Ebenso muss die Internetseite des Wirtschaftssenators servicegerechter werden.

Der Bericht findet sich hier:
<http://www.wirtschaft.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen109.c.1653.de>

Musical-Theater: Kündigung des Mietvertrages spart Stadt viel Geld

Der Mietvertrag des Bremer Musical-Theaters mit dem Immobilieneigentümer soll gekündigt werden. Das hat die Wirtschaftsdeputation in ihrer letzten Sitzung beschlossen. Dazu erklärt Frank Willmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der grünen Bürgerschaftsfraktion: „Die städtische Wirtschaftsförderung (WFB) als Betreiberin und Vermieterin des Theaters wird den Mietvertrag mit dem Immobilieneigner zum 28. Februar kündigen. Damit entledigt sich die Stadt einer erheblichen finanziellen Verpflichtung. Jährlich werden so über 500.000 Euro eingespart. Zwar ist es der WFB gelungen, das Theater als attraktive Veranstaltungsstätte zu etablieren. Trotzdem sind die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse deutlich unter den Erwartungen geblieben. Leider gab es auch keinen Interessenten, der bereit gewesen wäre, das Theater ohne städtische Subventionen zu betreiben. Ziel grüner Politik ist es, unrentable Projekte kritisch zu überprüfen. Die Prüfung hat ergeben, dass es unverantwortbar wäre, weiter in den Betrieb des Musicals durch die WFB zu investieren.“

Senat bringt neues Bildungsurlaubsgesetz auf den Weg

Am 9. Februar hat der Senat den von Grünen und SPD vorgelegten Gesetzesentwurf zur Änderung des Bildungsurlaubsgesetzes beschlossen und ihn damit für die erste Lesung der Bürgerschaft freigegeben. Im Wesentlichen wird sich folgendes ändern:

- Gewährung von Bildungsurlaub ab einem Tag Dauer, bei Beibehaltung des Zwei-Wochen-Anspruchs in zwei Jahren;
- Zulassung privater Anbieter;
- Information an den Arbeitgeber über die Inanspruchnahme von Bildungsurlaub in der Regel vier Wochen vor Beginn;
- Keine Übertragung von nicht in Anspruch genommenem Bildungsurlaub über den Zweijahreszeitraum hinaus.

Es soll ein Gremium mit Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite sowie der Verwaltung geschaffen werden, das bei Bedarf eine beratende Funktion in Hinblick auf sachfremde Veranstaltungsangebote ausüben soll.

Bitte beachten Sie folgenden Veranstaltungshinweis:

Bundesverfassungsgericht und die Grundsicherung: Wie geht's (in Bremen) weiter?

Diskussionsveranstaltung mit Martin Lühr, unabhängige Beratungsstelle agab e.V., Christoph Wünderich, Richter am Landessozialgericht Bremen-Niedersachsen, Dr. Karl Bronke (angefragt), Sozialressort. Moderation: Horst Frehe, Bürgerschaftsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Dienstag, den 16. Februar 2010, 19.00-21.30 Uhr, Bremische Bürgerschaft, Raum II, Am Markt 20, 28195 Bremen

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.